



Barthle-Brief

Nr. 2

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

27.11.2009

Thema der Woche:

Handeln für unser Land **Sofortprogramm – Klausurtagung in Meseberg**

Zwei Monate nach der Bundestagswahl, bei der wir den Auftrag erhalten haben, unser Land in den nächsten vier Jahren zu regieren, nahm der Deutsche Bundestag in dieser Sitzungswoche mit der Konstituierung seiner Ausschüsse und der Beratung über die Verlängerung von drei Mandaten für Auslandseinsätze der Bundeswehr wieder seine reguläre Arbeit auf.

Nach sehr zügigen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP, der Bestätigung des aus den Koalitionsverhandlungen resultierenden Koalitionsvertrages durch die jeweiligen Parteitage von CDU, CSU und FDP fand einen Tag nach der Konstituierung des Deutschen Bundestages am 27. Oktober 2009 die Wahl unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB sowie die Vereidigung des Bundeskabinetts im Deutschen Bundestag statt.

Nach der ersten Regierungserklärung der Bundeskanzlerin und einer ausführlichen Debatte im Deutschen Bundestag zu dieser politischen Agenda für das nächste Jahrzehnt in der vorangegangenen Sitzungswoche haben wir bereits als erste wichtige Weichenstellung der neuen Regierungskoalition mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein steuerpolitisches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, um die Wachstumskräfte zu stimulieren. Unternehmenssteuer, Erbschaftssteuer und Familienförderung lauten hier die Stichworte. (siehe **Barthle-Brief** Nr. 1)

Mit diesem Bündel an steuerlichen Erleichterungen und Verbesserungen setzen wir an wichtigen Stellen Impulse, die zu unterneh-

merischen Investitionen ermutigen und die Konsumbereitschaft stärken.

In der vergangenen Woche hat die unionsgeführte Bundesregierung auf ihrer Klausur im brandenburgischen Meseberg ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm für die kommenden Monate vorgelegt. Im Bereich Klimaschutz, Elektromobilität und Bürokratieabbau hat sich die Regierung konkrete und engagierte Ziele gesetzt, die zeigen, dass wir mit hoher Geschwindigkeit darangehen, die Probleme unseres Landes zu lösen.

Einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit bildet die Bewältigung der demographischen Herausforderung. Wir alle wissen: Die Menschen in unserem Land werden immer älter, während deutlich weniger Kinder geboren werden als vor dreißig Jahren. Im Jahr 2050 werden 80 Rentner auf 100 Beitragszahler kommen. Das zeigt: Wir stehen vor großen Aufgaben.

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst. Wir werden in den kommenden Jahren auf zahlreichen Politikfeldern die Weichen dafür stellen, den demographischen Wandel als Chance zu nutzen. Mit den Beschlüssen von Meseberg hat die Bundesregierung wichtige Schritte in diese Richtung unternommen.

Dazu gehört auch der zügige Ausbau einer schnellen Internetverbindung in den ländlichen Räumen. Gerade die demographische Veränderung verlangt von uns besondere Anstrengungen, um den ländlichen Raum als attraktiven Lebensraum zu erhalten.

Drei Bundeswehrmandate verlängert

In dieser Woche standen drei Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Verlängerung an. Mit ihrer Arbeit in Afghanistan und vor der Küste des Libanon leisten unsere Soldatinnen und Soldaten einen unverzichtbaren Beitrag zur Bekämpfung von Waffenschmuggel und Terrorismus und legen damit den Grundstein für eine friedliche Entwicklung in den betroffenen Gebieten. Gleichzeitig verteidigen sie Deutschlands Sicherheit und unsere Interessen.

Deutschland ist fest eingebunden in die Strukturen der Europäischen Union und des Nordatlantikvertrags und trägt als zuverlässiger Bündnispartner entscheidend zur Funktionsfähigkeit dieser Bündnisse bei. Die Erfolge, die während des bisherigen Einsatzes erreicht wurden, sind beachtlich, dennoch sind wir noch nicht am Ziel.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt unsere Soldatinnen und Soldaten und dankt ihnen für ihren bisherigen und zukünftigen Einsatz. Wir werden immer ein verlässlicher Partner unserer Streitkräfte sein.

Fortsetzung der Beteiligung OEF

In dieser Woche haben wir die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Operation Enduring Freedom (OEF) bis zum 15. Dezember 2010 beschlossen. Das Mandat schließt NATO-Operationen im Rahmen von Operation Active Endeavour mit ein. Die internationale Gemeinschaft darf in ihren umfassenden Anstrengungen zur wirksamen Beseitigung der gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Umstände, die das Entstehen von Terrorismus begünstigen, nicht nachlassen.

Die Operation Enduring Freedom sowie die Einsätze der NATO im Mittelmeer im Rahmen der Operation Active Endeavour sind ein angemessener militärischer Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Mit der vorgesehenen Personalobergrenze von 700 Soldaten ist Deutschland weiterhin in der Lage, das erforderliche Fä-

higkeitsprofil für den Anti-Terror-Einsatz am Horn von Afrika und im Mittelmeerraum abzubilden.

Fortsetzung der Beteiligung an UNIFIL

Auch die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) stand in dieser Woche zur Entscheidung an. Die deutsche Beteiligung an der UNIFIL Maritime Task Force (MTF)-Mission vor der libanesischen Küste ist Teil unseres Einsatzes für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten.

Im Lichte der bisherigen Erfolge und unter Berücksichtigung des dabei erreichten libanesischen Fähigkeitszuwachses ist eine Absenkung der Obergrenze der deutschen Beteiligung von 1.200 auf 800 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen.

Fortsetzung der Beteiligung an ISAF

Wir haben zudem die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO beschlossen.

Das deutsche ISAF-Kontingent wird weiterhin maximal 4.500 Soldatinnen und Soldaten umfassen und hat zum Ziel, die afghanische Regierung bei der Gewährleistung eines sicheren Umfelds zu unterstützen. Ein stabiles Afghanistan liegt im vitalen deutschen Interesse. Die Fortsetzung des internationalen Engagements ist erforderlich, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkrieges und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern.

Lesen Sie in der beigegeführten Sonderausgabe von „Berlin aktuell“ den Bericht des neuen Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, Thomas Strobl MdB, zum Auftakt der neuen Legislaturperiode.